

Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

Ausschreibungsrecht

EU hat kölschen Klüngel satt - Die Kommission droht erneut mit Klage wegen der umstrittenen Finanzierung der Kölner Messehallen durch Oppenheim-Esch.

Im Streit um die Finanzierung der Kölner Messehallen erhöht die EU-Kommission indirekt den Druck auf die Alteigentümer der Kölner Privatbank Sal. Oppenheim und rund zwei Dutzend der ihnen nahestehenden Investoren. Die Brüsseler Behörde pocht auf eine Rückabwicklung des Vertrags zwischen der Stadt Köln und einem Fonds der Oppenheim-Esch-Holding, weil die Stadt den Auftrag für den 235 Mio. Euro teuren Neubau der Messehallen im Jahr 2003 ohne europaweite Ausschreibung vergeben hatte.

„Aus Sicht der Kommission sind die deutschen Behörden verpflichtet, den Vertrag zwischen der Stadt und der Investorengemeinschaft schnellstmöglich zu beenden“, teilte die Behörde am Donnerstag mit und stellte ein Ultimatum: Sollten die Bauherren um den Troisdorfer Baulöwen Josef Esch und den früheren Chef der Privatbank Sal. Oppenheim, Matthias Graf von Krockow, sich nicht binnen zwei Monaten mit der Stadt Köln auf eine Entflechtung der Messehallen-Verträge einigen, drohen der Bundesrepublik Deutschland eine erneute Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) sowie Zwangsgelder in Millionenhöhe.

Die Strafe müsste dann der Steuerzahler zahlen: Die EU-Kommission kann nicht direkt gegen Oppenheim-Esch oder die Stadt Köln vorgehen, sondern nur gegen die Bundesrepublik. Sie ist verpflichtet, für die Einhaltung des EU-Vergaberechts bei öffentlichen Bauaufträgen zu sorgen.

„Nach deutschem Zivilrecht ist es nicht möglich, dass die Stadt einseitig kündigt“, hieß es in Kommissionskreisen. „Die Investoren müssen zustimmen.“ Die Kommission hoffe, dass die neue Klageandrohung den jetzt dafür nötigen Druck erzeuge.

Bereits im Herbst hatte der EuGH einer Klage der Kommission stattgegeben und festgestellt, dass Köln den Neubau der Messehallen europaweit hätte ausschreiben müssen. Das Großprojekt war damals direkt an Oppenheim-Esch gegangen. Die Firma ist

bestens in rheinischen Rathäusern verdrahtet und hatte damals den Zuschlag bekommen, die Hallen für 235 Mio. Euro zu bauen.

Investoren drohen Steuernachzahlungen

Die von der Stadt kontrollierte Messegesellschaft mietete sie über 30 Jahre für jährlich mehr als 20 Mio. Euro zurück. Viel zu teuer für die verschuldete Rheinmetropole, wetterten Kritiker von Kölns damaligem Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU). Alternative Angebote für Leasingfinanzierungen sollen günstiger gewesen sein.

Nach dem EuGH-Urteil begann der seit 2009 amtierende Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) die Verhandlungen über eine Rückabwicklung mit den Zeichnern des Fonds. Dazu zählen Altgesellschafter der inzwischen von der Deutschen Bank übernommenen Privatbank Sal. Oppenheim ebenso wie andere Prominente aus dem rheinischen Geldadel, Quelle-Eigenerin Madeleine Schickedanz und der frühere Arcandor-Chef Thomas Middelhoff. Bisher laufen die Verhandlungen jedoch schleppend.

Die Bauherrengemeinschaft beharrt auf dem Vertrag - nicht zuletzt, weil ihnen bei einem Verkauf der Messehallen an die Stadt Köln oder einen neuen Investor Steuernachzahlungen drohen. Die Oppenheim-Esch-Fonds waren stets nach dem so genannten Bauherrenmodell konstruiert, das den Anlegern Steuervorteile bietet. Ein Esch-Sprecher wollte sich nicht über den Stand der Verhandlungen äußern.

Fundstelle:

FTD-Online vom 04. Juni 2010